

Das **Bundesverfassungsgericht** hat den Beitritt Deutschlands zum dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus unter Auflagen gebilligt. Dem Urteil zufolge muss die Haftungssumme auf maximal 190 Milliarden Euro begrenzt bleiben und darf nur mit Zustimmung des Bundestages erhöht werden. Über die ESM-Aktivitäten müssen zudem der Bundestag und der Bundesrat ausreichend informiert werden.

Der Verwaltungsrat der **Deka-Bank Deutsche Girozentrale**, Frankfurt am Main, hat im September beschlossen, das Institut zum zentralen Wertpapierdienstleister der Sparkassen auszubauen und dabei die Geschäftsaktivitäten auszuweiten. Mit Beginn des Jahres 2013 soll der zentrale Asset Manager der Gruppe Zertifikate für Retailkunden der Sparkassen anbieten. Dabei soll auf die vorhandenen Erfahrungen mit den sogenannten Individualzertifikaten für das Depot-A- und Drittbankengeschäft der Sparkassen zurückgegriffen werden. Zudem soll bei der Emission von Retailzertifikaten die vorhandene Expertise der Landesbank Berlin (LBB) eingebracht werden. Eine Vollfusion der von Deka-Bank und LBB wurde verworfen, da sich die Geschäftsmodelle der beiden Institute zu stark unterscheiden.

Mit dem Verkauf weiterer 7,58 Prozent der Anteile an der **Sberbank** setzt die russische Zentralbank Bank Rossii die Privatisierung des Kreditinstituts fort. Zu einem Preis zwischen 91 Rubel und dem Marktpreis bietet die Notenbank 1,71 Milliarden Stammaktien und globale Aktienzertifikate an. Über die Börse sollen rund 15 Prozent der Anteile verkauft werden, der Rest wird institutionellen Anlegern angeboten. Nach Angaben der Banken würde ein Verkauf am unteren Ende der Spanne dem Staat 156 Milliarden Rubel (etwa 3,9 Milliarden Euro) einbringen. Mit dem Verkauf soll der Anteil an der Sberbank auf 50 Prozent plus eine Aktie sinken.

Unter dem Dach der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) haben die Gouverneure der wichtigsten 30 Zentralbanken eine Arbeitsgruppe gegründet, um den Interbankenzins **Libor** zu reformieren. Dabei soll die Arbeitsgruppe die Empfehlungen einer bis Ende September erwarteten britischen Studie sowie anderer Berichte prüfen und sich an der vom Finanzstabilitätsrat (FSB) koordinierten weltweiten Debatte beteiligen.

## 8. September 2012 bis 24. September 2012

Die **IKB Deutsche Industriebank AG** hat erneut den Garantierahmen des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) gesenkt. Im Rahmen der Rückzahlung einer Anleihe in Höhe von zwei Milliarden Euro gab das Institut SoFFin-Garantien in gleicher Größenordnung zurück. Der verbliebene Garantierahmen beläuft sich auf 1,75 Milliarden Euro.

Mit der Kleinwort Benson Group (KBG), einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der Finanzdienstleistungsgruppe RHJ International (RHJI), hat die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, eine Vereinbarung über den Verkauf der BHF-Bank unterzeichnet. Die KBG plant den vollständigen Erwerb der BHF-Bank zu einem Preis von 384 Millionen Euro, der in voller Höhe durch Barmittel geleistet werden soll und unter dem Vorbehalt möglicher Anpassungen zum endgültigen Vollzug der Transaktion steht. Mit ihrer Positionierung im Private Banking, Asset Management, Firmenkunden- und Kapitalmarktgeschäft in Deutschland und einem verwalteten Vermögen in Höhe von rund 36 Milliarden Euro soll die BHF-Bank die heute bestehenden Dienstleistungen der KBG strategisch ergänzen. Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Aufsichtsbehörden.

In Stockholm hat die **Deutsche Pfandbriefbank AG**, Unterschleißheim, eine neue Niederlassung eröffnet, von der aus das Kreditinstitut lokale und internationale Immobilieninvestoren im gesamten skandinavischen Markt bedienen will. Der Schwerpunkt soll anfänglich auf Schweden und Finnland liegen. Im August 2012 hatte die Spezialbank bereits ein Darlehen an ein Tochterunternehmen eines norwegischen Immobilienunternehmens ausgereicht.

Mit der fünften Verkaufsrunde wollen die **USA** ihren Anteil am US-Versicherungskonzern American International Group (AIG) um 30 Prozentpunkte auf 23 Prozent reduzieren. Der amerikanische Fiskus erwartet aus dem Verkauf 18 Milliarden US-Dollar an Einnahmen. Für die Rettung des AIG wurden ursprünglich über 180 Milliarden Dollar ausgegeben.

Im Rahmen der Bündelung der Ressourcen im Privatkundengeschäft stärkt die Schweizer Privatbank **Vontobel** in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung ihre Schweizer Buchungsplattform und zieht sich in der Folge aus dem Onshore-Geschäft in Österreich, mit Private-Banking-Standorten in Salzburg und in Wien, zurück. Die österreichischen Privatkunden werden über das Crossborder-Geschäft aus Zürich und die Kunden des Asset Managements unverändert aus Wien heraus betreut.

Die Aktionäre der **Julius Bär Gruppe AG**, Zürich, stimmten der Schaffung von genehmigtem Aktienkapital zwecks teilweiser Finanzierung des Erwerbs des internationalen Vermögensverwaltungsgeschäfts von Bank of America Merrill Lynch außerhalb der Vereinigten Staaten zu. Nach den Beschlüssen der Außerordentlichen Generalversammlung werden bis zu 30 Millionen Aktien mit Bezugsrecht und 7,5 Millionen unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben.

Nach einer zwischenzeitlichen Absage des Börsengangs Mitte September setzte **Talanx AG**, Hannover, die IPO-Pläne mit einer neuen Konstellation auf der Bankenseite fort. Das Unternehmen beabsichtigt den Emissionserlös vornehmlich zur Wachstumsfinanzierung zu verwenden. Dabei ist organisches Wachstum insbesondere in der Industrieversicherung und in stark wachsenden Schwellenmärkten geplant. Darüber hinaus sollen Darlehen aus dem kürzlichen Erwerb zweier polnischer Versicherungen zurückgeführt werden. Der strategische Partner Meiji Yasuda Life Insurance wird zudem eine seit November 2010 gehaltene Nachranganleihe mit einem Volumen von 300 Millionen Euro zum IPO-Preis in Aktien wandeln. Der HDI V.a.G. plant, dauerhaft Mehrheitsaktionär der Talanx AG zu bleiben (siehe auch Gespräch des Tages).

Die Milliardenhilfen für die teilverstaatlichte **Österreichische Volksbanken AG**, Wien, wurden von der EU-Kommission genehmigt. Diese sieht das aus einer Kapitalpritze und Bürgschaften bestehende 4,35 Milliarden Euro-Rettungspaket mit den EU-Beihilfevorschriften im Einklang. Die Genehmigung erstreckt sich nicht nur auf die im Jahr 2009, sondern auch auf die Ende April 2012 vereinbarte Unterstützung.